

Aktuelles

Schweizer Regionalpolitik

Unter Regionalpolitik versteht man die Förderung der Entwicklung einzelner Regionen und den Abbau von unerwünschten regionalen Unterschieden. Durch den Abbau dieser meist wirtschaftlichen Unterschiede soll der Zusammenhalt des Landes gefördert werden. Auch kann dadurch das Risiko sozialer Unruhen verringert werden, die auftreten können, wenn es innerhalb eines Landes zu grosse Unterschiede im Lebensstandard gibt.

Dieser Text zeigt auf, welche Instrumente der Regionalpolitik zur Verfügung stehen, was diese bisher bewirkt haben und was deren Einsatz kostet.

Instrumente der Schweizer Regionalpolitik

Die Schweizer Regionalpolitik ist eine Ansammlung von dutzenden von unkoordinierten Gesetzen und informellen Regelungen. Im Folgenden sind die wichtigsten Instrumente der Regionalpolitik aufgezeigt:

- **Finanzausgleich zwischen den Kantonen:** Dabei werden die finanzschwachen Kantone mit einer Summe von 1.5 Mrd. Fr. pro Jahr durch die finanzstarken Kantone subventioniert. Zusätzlich zahlt der Bund den Finanzschwachen nochmals 1 Mrd. Fr. pro Jahr. Konkret bedeutet dies, dass ein Einwohner im Kanton Zug pro Jahr 1200 Franken (Zürich 460 Fr.) an finanzschwache Kantone zahlt. Ein Einwohner beispielsweise des Kantons Wallis oder Jura erhält so pro Jahr ca. 1100 Fr.
- **Investitionshilfegesetz für Berggebiete:** Der Bund unterstützt Investitionen in Berggebieten mit zinslosen Darlehen. Derzeit sind Darlehen in der Höhe von 1.6 Mrd. Fr. offen. Dadurch entstehen dem Bund jährliche Kosten von ca. 53 Millionen Fr. durch Kreditausfälle.
- **Förderung des Hotel- und Kurortkredites:** Führt zu Kosten von 13 Mio. Fr. pro Jahr.
- **Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen in Berggebieten:** Es entstehen Kosten von 2.5 Mio. Fr. pro Jahr.
- **Finanzierungshilfen zugunsten wirtschaftlich bedrohter Regionen (Bonny-Beschluss):** Etwa ein Viertel der Bevölkerung wohnt in sogenannten wirtschaftlich bedrohten Regionen. Unterstützung wird gewährt durch Steuererleichterungen, Zinskostenbeiträge und Übernahme von Bürgschaftsverlusten. Dies kostet jährlich 7 Mio. Fr. ohne die Steuererleichterungen mit zu berechnen.
- **Unterstützung des Strukturwandels im ländlichen Raum (Regio-Plus):** Kosten von 1997 bis 2007: 70 Mio. Fr.
- **Förderung von Innovation und Zusammenarbeit im Tourismus (InnoTour):** Kosten von 1998-2008: 18 Mio. Fr.
- **Förderung der grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit:** Kosten 2000-2006: 39 Mio. Fr.
- **Initiative Interreg:** Fördert und finanziert grenzübergreifende Projekte, um über die Landesgrenzen hinweg eine ausgewogene Entwicklung der Regionen zu erreichen. Kosten pro Jahr: ca. 6 Mio. Fr.
- **Bundesgesetz über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten:** Führt zu 8 Mio. Fr. Kosten pro Jahr
- **Flankierende Massnahmen zur Liberalisierung der Post, SBB und Swisscom:** Kosten seit 2000 in Höhe von etwa 80 Mio. Fr.
- **Agrarsubventionen:** Die Direktzahlungen des Bundes an die Bauern pro Hektare bewirtschafteten Landes sind im Tal tiefer als in den Bergen: Direktzahlungen pro Hektare im Tal betragen 1414 Fr., in den Bergen 2260 Fr. (2002). Alle Direktzahlungen zusammen kosten ca. 2.5 Mrd. Fr. pro Jahr.

Einfach erklärt:

Strukturwandel

Unter Strukturwandel versteht man, dass sich die wirtschaftliche Struktur in Bezug auf Beschäftigung, Wertschöpfung etc. verändert. Das heisst, dass z.B. immer mehr Personen im Dienstleistungsbereich und nicht mehr im Industriegüterbereich, dem traditionellen Gewerbe oder der Landwirtschaft arbeiten. Dass sich die Wirtschaft wandelt, ist normal und ermöglicht erst den Fortschritt. Zum Problem wird der Strukturwandel, wenn eine Region den Wandel lange unterdrückt und dann viel auf einmal ändern muss oder wenn eine Region in den neuen Strukturen nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Subventionen

Subventionen sind Zahlungen des Staates (und damit der Steuerzahler) an eine Einrichtung oder Person, ohne dafür eine Gegenleistung zu erwarten. Die Gesellschaft möchte durch diese Umverteilung der Steuergelder Regionen, Branchen, Firmen etc. fördern oder erhalten.

Wertschöpfung

Unter Wertschöpfung versteht man das Erzeugen von Wert (Dienstleistung, Produkt) durch Arbeit und den Einsatz von Kapital.

Neben diesen verschiedenen einzelnen Gesetzen gibt es auch eine versteckte Regionalpolitik. In den Bereichen Post und Telefonie wird dies als Service Public bezeichnet. Das Postgesetz und die Mobilfunkkonzession schreiben beispielsweise eine landesweite Abdeckung zu einheitlichen Preisen vor. Nun ist aber die Postdienstleistung im ländlichen Raum weniger effizient und damit teurer, weil die Bevölkerungsdichte deutlich tiefer ist. Trotzdem kostet ein Brief in der Schweiz überall gleich viel. Dies bedeutet, dass mit diesem einheitlichen Briefporto die Einwohner der ländlichen Gebiete von den Einwohnern der Agglomeration subventioniert werden.

Auch unklar ist, wie hoch die Subventionen im Bereich der Verkehrspolitik und bei der Vergabe von Bundesaufträgen ausfallen. Damit z.B. im Parlament der Ausbau der S-Bahn in Städten bewilligt wurde, mussten gleichzeitig diverse andere Projekte in anderen Regionen auch bewilligt werden. Anders wäre keine Mehrheit zu Stande gekommen. Wie viel Geld bei solchen regionalpolitisch motivierten Investitionen ausgegeben wird, ist unbekannt.

Derzeit ausstehende Änderungen

Derzeit werden zwei wichtige Änderungen in der Regionalpolitik vorbereitet. Einerseits handelt es sich um den „Neuen Finanzausgleich“ [NFA] und andererseits um die „Neue Regionalpolitik“ [NRP].

Die für den NFA notwendigen Verfassungsänderungen wurden vom Volk bereits 2004 angenommen ([siehe Text zu NFA](#)). Bevor der NFA jedoch in Kraft treten kann, muss das Parlament mehr als 30 Gesetze anpassen. Dies geschieht derzeit. Der neue NFA soll Anfangs 2008 in Kraft treten.

Die neue Regionalpolitik [NRP] wurde im Herbst 2005 vom Bundesrat dem Parlament zur Beratung übergeben. Der Grund für die Überarbeitung ist, dass die bestehenden Gesetze nicht genügend wirksam bzw. gänzlich unwirksam waren. Die NRP möchte die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit speziell der Bergregionen deutlich verbessern. Sollte das Gesetz, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, angenommen werden, so ersetzt es die bisherigen Gesetze *Investitionshilfe für Berggebiete*, *Bonny-Beschluss*, *Regioplus* und *Interreg* und es werden pro Jahr rund 70 Mio. Fr. investiert. Damit sichert die NRP, dass gleich viel in die wirtschaftlich schwachen Regionen investiert wird wie bisher. Durch die moderneren Mittel der NRP erwartet man jedoch einen erhöhte Wirksamkeit der Regionalpolitik.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen

Die Auswirkungen der Subvention von einzelnen Regionen sind unterschiedlich. Generell kann man sagen, dass gesellschaftliche Anliegen stark mit wirtschaftlichen Anliegen konkurrenzieren.

Einerseits erlauben diese Subventionen die Unterschiede im Lebensstandard innerhalb der Schweiz klein zu halten. Dies fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl der Schweiz, verhindert mögliche soziale oder kulturelle Volksunruhen und gibt einzelnen Regionen Entwicklungschancen. Im Rahmen der als Service Public bezeichneten Regionalpolitik werden flächendeckende Dienstleistungen subventioniert.

Betrachtet man andererseits diese Subventionen aus Sicht der gesamten Schweizer Wirtschaft, so ist festzustellen, dass durch die Umverteilung das Geld nicht mehr da eingesetzt wird, wo es wirtschaftlich am Meisten bringt, sondern da, wo es politisch erwünscht ist. Dies führt automatisch schweizweit zu einem Wohlstandsverlust. Zwar profitieren die Empfänger der Subventionen wirtschaftlich stark, aber der wirtschaftliche Schaden bei den Geberregionen ist grösser, da dort das Geld wirtschaftlicher eingesetzt werden könnte. Allein der derzeitige Finanzausgleich verteilt pro Stunde ca. 290'000 Franken um.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden, dass die Regionalpolitik im Spannungsfeld zwischen der inneren Gleichheit der Schweiz und dem gesamten Wohlstand der Schweiz steht. Eine allgemein gültige Regel für eine „richtige“ Regionalpolitik gibt es also nicht. In der politischen Diskussion muss daher eine Mischung zwischen Wohlstand und innerer Gleichheit gefunden werden.

Zusammenhänge:

Dieser Text beschreibt nur die Subventionen von Regionen auf Bundesebene. Solche Subventionen gibt es aber auf sämtlichen staatlichen Stufen:

- **Kantone:** z.B. der Finanzausgleich zwischen den Gemeinden
- **Bund:** Im Text beschrieben
- **Europa:** Die EU zahlt Ausgleichszahlungen & Entwicklungshilfe an ärmere Mitgliedsstaaten. Die Schweiz beteiligt sich neu daran.
- **Welt:** Entwicklungshilfe für Drittweltländer ist mit den Subventionen für Regionen in der Schweiz vergleichbar.

Historisches:

Regionalpolitik in den Bereichen Service Public oder Ansiedlung staatlicher Institutionen (Parlament, Landesmuseum, Bundesgericht, etc.) gab es seit Gründung der Eidgenossenschaft.

Die aktive Regionalpolitik im Sinne von direkten Subventionen hat sich aber erst ab 1970 langsam entwickelt. Zwischen 1970 und 1980 wurden vorwiegend Gesetze zur Förderung der Berggebiete und der Bonny-Beschluss erlassen.

Zwischen 1990 und 2000 verlegte sich der Fokus mehr auf die Tourismusindustrie in den Bergen und auf internationale Zusammenarbeit.

Alle Gesetze wurden immer wieder angepasst und verlängert. Bis heute sind keine genauen Ziele definiert, was mit der Regionalpolitik letztlich erreicht werden soll. Auch mit der „Neuen Regionalpolitik“ [NRP] bleiben Dutzende von unkoordinierten Erlassen übrig.

Literaturverzeichnis:

- Staatssekretariat für Wirtschaft [seco] (2005). *Instrumente der Regionalpolitik*. Gefunden unter <http://www.seco.admin.ch/themen/wirtschaftsstandort/regionalpolitik/massnahmen/>
- Eidgenössische Finanzverwaltung [EFV] (2005). *Subventionsdatenbank*. Gefunden unter <http://www.efv.admin.ch/d/finanzen/subven/index.php>
- Regioplus (2005). *Homepage Regioplus*. Gefunden unter <http://www.regioplus.ch>
- Interreg (2005). *Homepage Interreg*. Gefunden unter <http://www.interreg.ch>
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement [EVD] (2005). *Neue Regionalpolitik NRP*. Gefunden unter <http://www.evd.admin.ch/evd/news/03919/index.html?lang=de>
- Eidgenössisches Finanzdepartement [EFD] (2005). *Der neue Finanzausgleich*. Gefunden unter <http://www.nfa.ch>